

Absender:
SPD-Wahlkreisbüro Sabrina Repp, MdEP, Doberaner Straße 6, 18057 Rostock

15. Juli 2026

Sabrina Repp, MdEP

Büro Brüssel
Parlement européen
Bât. ALTIERO SPINELLI
12G242
60, rue Wiertz
B-1047 Bruxelles/Brussel

Büroleitung:
Arzu Mouchtar
Tel.: +32 228 45783
Mail: sabrina.repp@europarl.europa.eu

Wahlkreisbüro Rostock
Sabrina Repp
SPD-Wahlkreisbüro
Doberaner Str. 6
18057 Rostock

Büroleitung:
Anne Niekrenz
Tel.: +49 (0)1573 4451906
Mail: kontakt@sabrina-repp.eu

Web:
www.sabrina-repp.eu

**„Eine gerechte Agrarpolitik darf Ostdeutschland nicht bestrafen“ –
Sabrina Repp kritisiert konservative Zusammenarbeit mit Rechten bei
Abstimmung zur EU-Agrarpolitik**

Brüssel, 15. Juli 2026

Sabrina Repp, Mitglied des Europäischen Parlaments für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, war für die S&D-Fraktion zuständige Verhandlerin für die Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung zur künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik.

Zur Abstimmung im Regionalentwicklungsausschuss erklärt Repp:

„Dass Konservative bei einer so wichtigen Frage wie der künftigen europäischen Agrarpolitik gemeinsam mit Rechten und Rechtsextremen stimmen, ist politisch verantwortungslos. Wer Mehrheiten mit der extremen Rechten organisiert, beschädigt die demokratische Zusammenarbeit im Europäischen Parlament und schwächt das Vertrauen in europäische Politik.“

Aus Sicht von Repp braucht die künftige Gemeinsame Agrarpolitik vor allem Verlässlichkeit für ländliche Räume. Die GAP müsse eigenständig bleiben und dürfe nicht in einem zentral gesteuerten Fonds aufgehen. Besonders wichtig sei der Erhalt der zweiten Säule für ländliche Entwicklung.

„Für Mecklenburg-Vorpommern ist die zweite Säule zentral. Sie stärkt nicht nur Landwirtschaft, sondern auch Dorfentwicklung, soziale Infrastruktur, regionale Wertschöpfung, Innovation und Lebensqualität vor Ort. Wer ländliche Räume stärken will, darf diese Mittel nicht schwächen“, so Repp.

Auch LEADER müsse verpflichtend erhalten und finanziell abgesichert werden. Das Programm zeige seit Jahren, wie europäische Förderung direkt in den Regionen ankommt: bei Vereinen, Kommunen, lokalen Projekten und engagierten Menschen vor Ort.

Ein besonders kritischer Punkt bleibt für Repp die Kappung und Degression von Direktzahlungen. Diese dürfe es in der vorgeschlagenen Form nicht geben, weil sie ostdeutsche Betriebe massiv benachteiligen würde.

„In Mecklenburg-Vorpommern haben wir historisch gewachsene Agrarstrukturen mit größeren Betrieben. Pauschale Kürzungen würden hier nicht abs-trakte Großbetriebe treffen, sondern Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung

und landwirtschaftliche Existenzen. Eine gerechte Agrarpolitik darf Ostdeutschland nicht bestrafen“, betont Repp.

Die künftige EU-Agrarpolitik müsse ländliche Räume stärken, Regionen und Kommunen besser beteiligen, LEADER sichern, Frauen in Landwirtschaft und ländlichen Räumen gezielt unterstützen und die zweite Säule schützen.

„Was wir brauchen, ist eine verlässliche Agrarpolitik für die Regionen. Was wir nicht brauchen, sind konservative Mehrheiten mit der extremen Rechten und pauschale Kürzungen zulasten ostdeutscher Landwirtschaft“, so Repp abschließend.